

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



**Landesvorstand
(wieder-)gewählt**

landesverband | Seite 2

**100 Prozent regenerative
Energie sind möglich**

landtag | Seite 7

Big Brother 2.0

bundestag | Seite 9

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Liebe Freundinnen und Freunde!

Die Weiche ist umgestellt

In der nun schon bekannt wunderbaren Atmosphäre des Plöner Koppelsbergs erlebten wir einen außergewöhnlichen Parteitag. Gewählt wurde nicht nur der neue Landesvorstand und Parteirat, auch die Horizonte-Diskussion fand in einer konzentrierten, fast fünfstündigen Diskussion, in der sich sehr, sehr viele Menschen beteiligten, ihren Abschluss. Den Block „Arbeitsland“ mit der Diskussion über Grundeinkommen vs. Grundsicherung klammerten wir aus und werden dafür später im Jahr eine gesonderte Veranstaltung durchführen.

Besonders aber war vor allen Dingen die Aufbruchstimmung, die den Parteitag ausmachte. Es ist in den letzten Jahren gelungen, neben der programmatischen Diskussion, auch die innerparteilichen Strukturen zu stärken, vom Haushalt über Newsletter bis zu Kongressen. Und jetzt, wo Kommunalwahlen anstehen und Neuwahlen in der Luft liegen, können und werden wir diese neu-alte Stärke nutzen. Das scheinen auch die anderen Parteien zu spüren. CDU und SPD schickten hochkarätige Beobachter. Und die Presse berichtete so viel wie lange nicht über uns. Überall wurde die neue grüne Eigenständigkeit hervorgehoben, die Kampfbereitschaft, die Wahlkampfereitschaft.

Nachdem die Arbeitsstränge der letzten zwei Jahre unsere Kräfte sammelten und unsere Ideen bündelten, wird es jetzt darum gehen, neue Wege für ein neues, Grünes Schleswig-Holstein zu erschließen. Der Parteitag in Plön hat die Weiche umgestellt. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Euer Landesvorstand
Marlies, Robert, Marlene, Markus

Partei Vorstand und Parteirat gewählt

Auf dem Parteitag in Plön wählten die Delegierten den neuen Landesvorstand der schleswig-holsteinischen Grünen. Wiedergewählt wurden Marlies Fritzen und Dr. Robert Habeck als Landesvorsitzende. Neue Beisitzerin ist die Flensburgerin Marlene Löhr. Markus Stiegler wurde in seinem Amt als Landesschatzmeister bestätigt.

Die Mitglieder des neu gewählten Parteirates von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein sind (in alphabetischer Reihenfolge): Grietje Bettin, Dietmar Curdt, Anke Erdmann, Marlies Fritzen, Thorsten Fürter, Robert Habeck, Monika Heinold, Karl-Martin Hentschel, Axel Hilker, Eka von Kalben, Katrin Liethmann, Sylvia Liethmann, Marlene Löhr, Konstantin von Notz, Rainer Steenblock, Markus Stiegler, Selina Storm, Henning Willers.



Marlene Löhr (21) ist das neue Gesicht im Landesvorstand. Als Kreisvorstandssprecherin der Grünen in Flensburg, als Mitbegründerin der dortigen Grünen Hochschulgruppe und als Mitglied der Grünen Jugend hat sie schon vielfältige Erfahrungen gesammelt. Ihr besonderes Interesse gilt der Hochschul-, Gleichstellungs- und Wirtschaftspolitik.



Das soziale Netz muss für alle tragfähig bleiben

Erwerb ist nicht genug

Das bedingungslose Grundeinkommen erhitzt die grünen Gemüter. Sollen Menschen fürs Nichtstun belohnt werden? Oder ist es ein ökologisches Modell, bei dem endlich der Wachstumsdruck von der Gesellschaft genommen wird?

Von Robert Habeck

Jeder Mensch erhält ein Einkommen vom Staat ohne Gegenleistung, ohne sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen oder seine Vermögensverhältnisse nachzuweisen – das ist der Vorschlag des bedingungslosen Grundeinkommens, der derzeit bei den Grünen auf den verschiedenen Ebenen diskutiert wird. Das Konzept wirft viele Fragen auf: Warum soll der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank noch zusätzlich Geld vom Staat bekommen? Warum sollen Menschen fürs Nichtstun belohnt werden? Ist es nicht gerade sinnvoll und zeigt nicht die sinkende Arbeitslosigkeit, dass man eben „Fordern und Fördern“ muss?

Die Befürworter des Grundeinkommens geben zu, dass Josef Ackermann zwar Geld bekommt, aber eben auch wesentlich höhere Steuern bezahlen würde, als es heute der Fall ist. Sie argumentieren, dass das Grundeinkommen nicht in erster Linie eine Antwort auf schlechte

Arbeitsmarktlagen ist, sondern auf eine Veränderung in der Arbeitswelt, die die kontinuierliche, an einen Arbeitsplatz gebundene Erwerbsbiographie immer mehr zurückdrängt. Und sie sagen, dass das Grundeinkommen kaum so hoch sein wird, dass niemand mehr einen Anreiz hat, nicht doch noch zu arbeiten.

Bei den Grünen wird von um und bei 800 Euro ausgegangen (Kinder 400, Rentner 1200). Aber auch 800 Euro werfen Fragen auf. Der Finanzbedarf liegt bei knapp 800 Milliarden Euro – eine astronomische Summe. Gar nicht astronomisch, sagen die Befürworter und weisen darauf hin, dass schon jetzt das Sozialsystem 550 Milliarden (plus 200 Milliarden für Gesundheit) kostet und der Rest sich zum Beispiel durch eine Verbreiterung und Pauschalierung der steuerlichen Bemessungsgrundlage, die alle Einkünfte berücksichtigt (wie bei der Bürgerversicherung) eintreiben ließe. Dann aber, so sagen die Skeptiker, fehlt das Geld für

die Institutionen, für Ausbildungs-, Förderungs-, Weiterbildungs-, und Qualifikationsmaßnahmen, vielleicht gar im Krankensystem oder in der Pflegeversicherung. Und das Grundeinkommen ist eine Prämie dafür, dass Menschen sich aus dem Erwerbsleben verabschieden, also eine Abschiebepremie. Das Grundeinkommen, so ihr Schluss, funktioniert nur für das akademische Mittelschicht-Bildungsbürgertum.

Die Antwort der Befürworter ist: Menschenwürde muss unabhängig vom Arbeitsplatz gelten. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Das Grundeinkommen würde den Wachstumsdruck von der Gesellschaft nehmen – und ist deshalb ökologisch. Eine Debatte, die den Kern der Gesellschaftsordnung betrifft. Wie gut, dass die Grünen sie führen! ●

Hinterm Horizont geht's weiter

Von Robert Habeck

Anderthalb Jahre, vier Kleine Parteitage, zwei große, eine Vielzahl von Diskussionspapieren, viele Kreismitgliederversammlungen, Landesarbeitsgemeinschafts-Sitzungen, Mailwechsel später haben wir in Plön einen außergewöhnlichen, vielleicht in der Konstanz und Beharrlichkeit einmaligen Diskussionsprozess abgeschlossen: Die Grünen Horizonte.

Wie war es vor zwei Jahren? Die Grünen überall in der Opposition, Kompromisse wurden uns vorgeworfen, neue Projekte waren nicht in Sicht, die Grünen in der Identitätskrise.

Und heute? Eine Neuausrichtung der Ökosteuer, die Windparks Schleswig-Holsteins verbunden durch Gleichspannungsleitungen mit den Solarfeldern in Afrika, die öffentlichen Netze für Energie und Versorgung sollen staatlich bleiben oder wieder verstaatlicht werden, dann die Entdeckung von Kreativität und Kultur als politisches Schwer-

kraftthema, Stadtbilder, die sich an der Idee der Entschleunigung ausrichten, ein Verkehrskonzept, das nicht auf mehr Schilder und Ampeln setzt, sondern den Raum für alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt öffnet, ein völlig neues Verständnis von Bildung, – ein Rechtsanspruch auf Bildung von Geburt an durch eine gesicherte Teilnahme an neuen Kitas, eine Öffnung der Zugangsberechtigung für Hochschulen, eine neue Einwanderungspolitik, die die durch den Klimawandel verstärkten Nöte der Welt ernst nimmt, eine Neubestimmung des Verhältnisses Staat-Individuum, das sich nicht in die dümmliche Entgegensetzung Freiheit versus Pflicht drängen lässt, sondern die Freiheitsrechte und Staatspflichten neu austariert: Gerade ein starker Staat ermöglicht Mündigkeit und Entfaltung! Das alles und noch viel mehr sieht man jetzt als Vision am grünen Horizont. Und hinter ihm geht's weiter... ●

pixelio.de

Anzeige

Gemeinsam gegen Rechts!

Von Angelika Beer

Am 15. Januar 2007 hat sich eine neue Fraktion aus Rechtsextremisten im Europäischen Parlament konstituiert. Die Fraktion trägt den Namen „Identität – Tradition – Souveränität“ und versammelt verurteilte Holocaustleugner, bekannte Rassisten und Faschisten. Die Herren in Nadelstreifenanzügen treten die Europäischen Werte und die Menschenwürde mit Füßen. Doch auch in Norddeutschland müssen wir genau hinschauen. Die jüngsten Demos von alten und neuen Nazis in Marne und Bad Bramstedt bestätigen, dass rechtsextreme Aktivitäten bundesweit zunehmen.

Doch gegen Rechtsextreme helfen keine Verfahrenstricks oder Verbotsverfahren, sondern nur inhaltliche Auseinandersetzungen. Wenn wir die Demokratie einschränken, haben die antidemokratischen Rechten erreicht, was sie wollen.

Das ist der Grund, warum ich zusammen mit dem taz-Journalisten Andreas Speit eine Broschüre zu alten und neuen



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Nazis in Norddeutschland veröffentlicht habe, in der deutlich gemacht wird, wer diese Nazis sind und was sie tun.

Die Broschüre ist zu finden unter www.angelika-beer.de oder kann bestellt werden bei



Angelika Beer MdEP
Büro im Deutschen Bundestag
Unter den Linden 50 /Raum 2.111
11011 Berlin
Tel.: 03022770021
Mail: abeer@europarl.eu.int ●

Happy Hour?

Happy Hours und Flatrates: Diskotheken ziehen jedes Register bei der Werbung um jugendliche Gäste. Komasaufen und Wetttrinken sind die Folgen. Die Grüne Landtagsfraktion hat das Thema auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt: Wenn Jugendschutz aus reiner Gewinn gier mit Füßen getreten wird, darf die Politik nicht wegsehen.



„Happy Hour“ auch bei der großen Koalition in Kiel. Die SPD wirft der CDU vor, bei der Bildungspolitik mit beiden Beinen auf der Bremse zu stehen. Die CDU wirft dem ehemaligen Finanzminister und heutigen Innenminister Stegner Bilanzfälschung und Insolvenzverschleppung vor. Verbale Krafterhetik statt kraftvoller Politik.

Deregulierung findet nur in der Umweltverwaltung und bei der Umweltgesetzgebung statt. Hier sind sich CDU und SPD einig: vom Abfallwirtschaftsgesetz bis zum Naturschutzgesetz - wird alles, was GRÜN-verdächtig ist, zu Lasten der Umwelt verschlechtert. Gewinnbringende Waldflächen werden als Splitterwald deklariert und an Gutsbesitzer verschertelt. Umweltpolitik wird in der Großen Koalition als Vorzeigemodell für Verwaltungsabbau missbraucht.

Die Grüne Landtagsfraktion hält dagegen: Wir wollen den Neubau von Kohlekraftwerken verhindern, wir kämpfen gegen den Transport von australischem Giftmüll nach Brunsbüttel und gegen die Elbvertiefung. Stattdessen fordern wir 100 Prozent regenerative Energien und viele weitere kleine konkrete Schritte zum Klimaschutz.

Monika Heinold
Parlamentarische Geschäftsführerin

Die Elbe ist ein lebendiger Fluss und kein Kanal

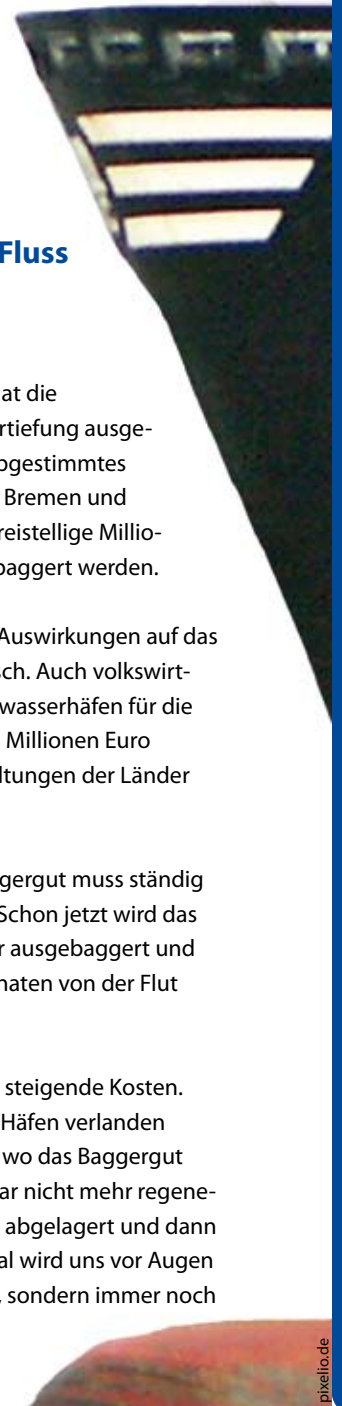
Von Karl-Martin Hentschel

Bei ihrem Besuch im Kreis Pinneberg hat die Landtagsfraktion sich gegen die Elbvertiefung ausgesprochen und gefordert, endlich ein abgestimmtes Hafenkonzzept für die Häfen Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven zu erarbeiten, bevor dreistellige Millionenbeträge sinnlos und schädlich verbaggert werden.

Nicht nur die Deichsicherheit und die Auswirkungen auf das Ökosystem Elbe sind hochproblematisch. Auch volkswirtschaftlich gibt es keinen Sinn, drei Tiefwasserhäfen für die größte Containerklasse mit hunderten Millionen Euro Subventionen als Konkurrenzveranstaltungen der Länder auszubauen.

Je tiefer die Elbe wird, desto mehr Baggergut muss ständig ausgebuddelt und verbracht werden. Schon jetzt wird das gleiche Baggergut bis zu 5-mal im Jahr ausgebaggert und abgelagert – um dann in wenigen Monaten von der Flut wieder zurückgespült zu werden.

Die Folgen sind nicht nur exponentiell steigende Kosten. Die Mündungen der Nebenflüsse und Häfen verlanden immer mehr. Und auf großen Flächen, wo das Baggergut abgelagert wird, kann die Natur sich gar nicht mehr regenerieren, wenn ständig neues Baggergut abgelagert und dann wieder weggespült wird. Wieder einmal wird uns vor Augen geführt, dass die Elbe eben kein Kanal, sondern immer noch ein lebendiger Fluss ist.





von links: Angelika Birk, Enja Riegel und Karl-Martin Hentschel

Schule kann gelingen

Wie Enja Riegel und ihr Kollegium ihre SchülerInnen bei PISA zu Spitzenreitern gemacht haben.

Interview in den Kieler Nachrichten vom 2. März 2007 (gekürzt). Mit Enja Riegel sprach Heike Stüben.

Frau Riegel, wie war Ihr erster Tag als Direktorin des Helene-Lange-Gymnasiums?

Das Kollegium saß mit schwarzer Trauerkleidung da und hat ein Jahr lang nicht mit mir gesprochen. Dann haben wir gemeinsam den Umbau in Angriff genommen, nicht zu einer Gesamtschule, wie man sie kennt, sondern zu einer wirklichen Gemeinschaftsschule.

Dafür haben Sie Wände eingerissen. Haben auf jeden fünften Klassenraum verzichtet und für jeden Jahrgang ein eigenes Revier eingerichtet: mit Lehrerzimmer für das feste Team, das die Kinder durch die Schulzeit begleitet, und mit einem offenen Bereich, in dem die Kinder selbstständig arbeiten, auch ihre Ergebnisse öffentlich präsentieren. Wie hat das das Lernen verändert?

In der Regel sind die Klassentüren offen, die Kinder lernen in und außerhalb der Klasse, damit sie auf vielfältige Weise selbständig lernen können. Also nicht alle im Gleichschritt durch ein Kapitel, sondern individualisiertes Lernen. Der Raum wurde so zum dritten Lehrer. Der erste ist der studierte Lehrer und der zweite der Mitschüler.

Feste, überschaubare Lehrerteams bedeuten, dass die Lehrer auch fachfremd unterrichten müssen. Reaktionen?

Wer das nicht wollte, konnte die Schule verlassen. Wer blieb, muss seither viel mehr Zeit in der Schule verbringen und muss mehr einbringen als seine studierten Fächer. Trotzdem hat sich der Krankenstand dauerhaft halbiert. Die Lehrer sagen, es ist viel mehr Arbeit, aber wir sind auch viel zufriedener als vorher.



Denn sie sind nicht mehr Einzelkämpfer, sondern können miteinander über alles reden und zusammen auch ein Teil der Macht der Schulleitung übernehmen.

In Deutschland bestimmt die soziale Herkunft maßgeblich die Schullaufbahn. Ihre Neuntklässler aber waren bei PISA etwa ein Jahr weiter, als man es aufgrund der biographischen Voraussetzungen erwarten konnte. Wie schafft man das?

Bei PISA geht es um anwendungsbezogenes Wissen. Gerade durch die Projekte und den engen Bezug zur Wirklichkeit haben unsere Schüler das früh gelernt. Und durch ständiges Lesen – die Schüler müssen zum Beispiel nachweisen, dass sie eine bestimmte Zeit in der öffentlichen Bücherei verbringen. ●

Enja Riegel ist Autorin des Buches „Schule kann gelingen“ und ehemalige Direktorin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden. In dieser Schule gab es häufig Theater statt Mathematik, gemeinsames Lernen und einen Raum der Stille. Das Ergebnis: Die Schule wurde PISA-Sieger. Enja Riegel war im Rahmen von „PLIETSCH!“ zu Gast bei der Grünen Landtagsfraktion.

Hundert Prozent!

Stromversorgung ausschließlich aus regenerativer Erzeugung ist möglich. Und zwar schneller und billiger als es uns die

Atom- und Kohlelobby glauben machen will.

Von Detlef Matthiessen

Es ist genug für alle da. In einer Stunde strahlt die Sonne so viel Energie auf die Erde, wie die gesamte Erdbevölkerung in einem Jahr verbraucht. Das riesige Potenzial muss nur genutzt werden. Allein solarthermische Kraftwerke in Nordafrika könnten Europas Energiebedarf fünfhundertmal decken. Im Rahmen unserer Reihe „Energiepolitische Gespräche“ haben wir mit mehreren Experten ein Übergangsszenario vorgestellt. In diesem Szenario einer großräumigen Versorgung Europas werden geeignete (Solar-)Standorte in Nordafrika und optimierte Windstandorte erschlossen. Damit ließe sich mittelfristig der Strombedarf in ganz Europa zu ähnlichen Preisen wie heute decken. Kohlekraftwerke wären überflüssig, und am Atomausstieg müsste nicht gerüttelt werden.

scheint immer die Sonne oder weht der Wind“ können so Produktionsschwankungen der Erneuerbaren Energie in ganz Europa ausgeglichen werden. Dieses Netz besteht aus so genannten HGÜ-Leitungen (HGÜ = Hochspannungsgleichstromübertragung), die elektrischen Strom auch über lange Distanzen nahezu verlustfrei transportieren können.

Die Netze sind also von entscheidender Bedeutung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das Stromnetz wird allerdings heute von den Strom-Oligopolisten zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen im Bereich der Stromerzeugung und des Handels mit Strom missbraucht. Das Eigentum der Stromnetze in der Hand der Stromgiganten führt zwangsläufig zu einer Eigenbegünstigung. Daher müssen die Strom-



Großräumige Versorgung durch Solarenergie machen Kohlekraftwerke überflüssig, und am Atomausstieg müsste nicht gerüttelt werden.

Technische Voraussetzung dafür ist ein „Supernetz“ zur Übertragung der elektrischen Leistung und der Verteilung in Europa und seinen benachbarten Regionen. Nach dem Motto „irgendwo

netze in das Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden. Nun muss dieser Weg „nur“ noch politisch beschrritten werden. Die Beharrungskräfte sind allerdings riesig, denn in der



Überall im Land haben Grüne Klimaaktionstage organisiert

Stromwirtschaft werden riesige Gewinne erzielt. Die Energiewirtschaft in Deutschland ist mit der Politik in skandalöser Weise verflochten. Ein Beispiel bietet der Kanzlerfreund und Ex-Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller, der die Fusion von E.ON und Ruhrgas mittels einer Ministererlaubnis gegen das Bundeskartellamt durchsetzte. Heute ist Müller Vorstandsvorsitzender der RAG (Hauptaktionär E.ON). Ein weiteres Beispiel liefert Laurenz Meier, seinerzeit gleichzeitig Bundestagsabgeordneter, Generalsekretär der CDU und Bezieher eines vollen Gehaltes vom Energiegiganten RWE.

Das Ziel, in wenigen Jahrzehnten 100 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen, ist schon heute realistisch und bezahlbar. Die Technologie ist vorhanden und erprobt. Was noch fehlt, ist der politische Wille. ●

Ist Komasaufen cool ?

Presseberichte über Alkoholexzesse und planmäßiges Komasaufen schrecken die Erwachsenen auf. Insbesondere Eltern und LehrerInnen reagieren betroffen: „Wie konnte das passieren? – Hoffentlich sind meine Kinder anders drauf! – Es muss etwas getan werden!“



Wir brauchen mehr Verantwortung und mehr Problembewusstsein

Auch PolitikerInnen sehen sich in der Verantwortung. Ein generelles Alkoholverbot bis 18 verspricht eine scheinbar

einfache Lösung. Kein einziger der öffentlichen Fälle wäre aber durch ein schärferes Verbot verhindert worden. Dass ein 15-Jähriger sich mit Tequila fast zu Tode säuft, ist auch nach geltendem Jugendschutz und Gaststättenrecht illegal. Harte Alkoholika dürfen schon heute erst ab 18 Jahren abgegeben werden und wer sichtlich betrunken ist, darf keinen weiteren Drink mehr bekommen. Trotzdem sinkt das Einstiegsalter beim Alkoholkonsum stetig.

Was wir brauchen, ist mehr Verantwortung und mehr Problembewusstsein in Bezug auf Alkoholkonsum – bei Erwachsenen, bei Kindern und Jugendlichen, vor allem aber auch in Gastronomie und Handel.

Mit unserem aktuellen Landtagsantrag wollen wir Prävention und Aufklärung stärken und geltendes Recht effektiver umsetzen. Wir wollen insbesondere verhindern, dass aus betriebswirtschaftlichen Gründen gerade Jugendliche durch „Flatrate-Partys“ und „Happy-Hours“ bewusst zum Alkoholmissbrauch verführt werden.

Angelika Birk

Prima Klima !?

Es gibt Ausstellungen, die wirklich die Fantasie beflügeln und sich mit aktuellen Themen unserer heutigen Zeit auseinandersetzen. Dazu zählt die aktuelle Schau des 13. Jahrganges des Leistungskurses Kunst der Max-Planck-Schule Kiel – zu sehen in den Korridoren der Fraktion der Grünen im Kieler Landes-



Sönke Lehmann, Teil aus der Konstellation „Artikel 11“

haus. 23 SchülerInnen haben sich das Thema „Prima Klima“ zu eigen gemacht und herausgekommen ist eine Auseinandersetzung mit der Umwelt, der Gesellschaft und den bedrohten Tierarten, Tagebücher, Magnettafeln, Malerei, Postkarten

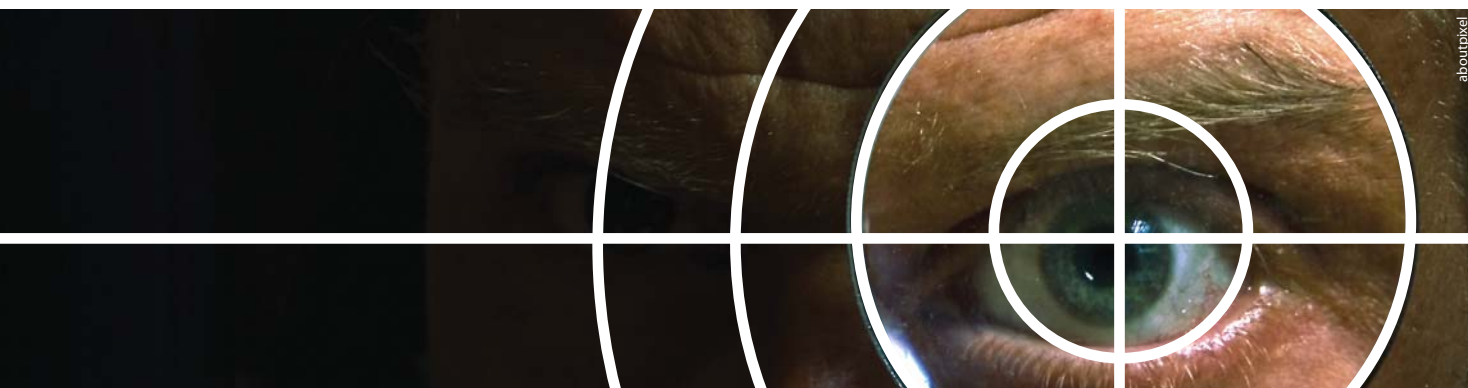


Jennifer Fahrenkrog „Perspektiven“

und Objekte finden sich an den Wänden, auf Sockeln und Fensterbänken. Die Ausstellung wurde von der engagierten Kunstlehrerin Bettina Schumann organisiert, die das schöpferische Denken der Jugendlichen besonders fördert.

*Prima Klima!? 10. Mai bis 6. Juli 2007, 9:00 – 18:00 Uhr, Landeshaus, Flure der Grünen Fraktion, Düsternbrooker Weg 70, Kiel. Eintritt frei, Personalausweis erforderlich. B.A.

Big Brother 2.0 - Auf dem Weg in den Überwachungsstaat



aboutpixel

„Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten,“ sagt Wolfgang Schäuble gern, wenn er Bürgerrechte für Sicherheit beschneiden will. Doch seine Pläne zu Vorratsdatenspeicherung, Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchung, biometrischen Pässen und der Anti-Terror-Datei sind gleichsam Anschläge auf die Privatsphäre aller.

Von **Grietje Bettin**

Beispiel Vorratsdatenspeicherung:

Künftig sollen in der gesamten EU alle Verbindungsdaten von Telefon, Internet und E-Mail sechs Monate gespeichert werden. Wer hat wann mit wem kommuniziert? Inhalte von Gesprächen und E-Mails werden zwar nicht erfasst, dennoch lassen gespeicherte Daten Schlüsse über das Privatleben zu. Es wird sichtbar, ob ich die Website einer Suchtberatung besucht, mit einem Journalisten oder meinem Arzt telefoniert

habe. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, gegen die Vorratsdatenspeicherung vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen. Ohne Erfolg: Schwarz-Rot will die Vorgaben umsetzen.

Schäubles Attacke auf die Bürgerrechte missbraucht die Terrorangst und gaukelt Sicherheit vor, die es nicht geben kann.

Beispiel Online-Durchsuchungen:

Terroristen und andere, die eine schwere Straftat planen, werden technisch damit umzugehen wissen. Damit ist die Gefahr nicht gebannt, aber normale ComputernutzerInnen werden sinnlos ausspioniert.

Für JournalistInnen sind die Pläne verheerend. Die Datenspeicherung untergräbt den Schutz von InformantInnen, investigativer Journalismus ist im Kern bedroht. Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem Telekommunikationsdaten von JournalistInnen nur in Ausnahmefällen an die Staatsanwaltschaft herausgegeben werden dürfen. Außerdem wollen wir die Überwachung von ÄrztInnen und AnwältInnen, JournalistInnen und anderen Berufsheimissträgern gesetzlich einschränken und sie damit vor Bespitzelung schützen.

Die Folge der Pläne der Innenminister: ein Staat, in dem alle Menschen täglich beweisen müssen, dass von ihnen keine Gefahr ausgeht. Dagegen werden wir kämpfen. ●

Wahlkreisbüro Bettin

Claudia Prehn
Florian Bernstorff
Claudia König
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.bettin@bundestag.de

 www.g-bettin.de



Grietje Bettin,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Elbvertiefung: Es geht anders

Seiten füllen die Einwendungen und Stellungnahmen, die die Elbvertiefung nach derzeitigem Planungsstand als nicht hinnehmbar ausweisen. So nicht - zu diesem Schluss kamen auch die Experten und ZuhörerInnen unseres Fachgesprächs zur Elbvertiefung in Elmshorn, nachdem sie über Folgen und Gefahren einer weiteren Ausbaggerung für die Unterelbregion diskutiert hatten.

Von Rainer Steenblock

Das 330-Millionen-Euro-Projekt ist teuer und überflüssig. Wie meine Anfragen ergeben haben, kennt die Bundesregierung weder Zahlen zur angeblichen „Jobmaschine Hafen“, noch kann sie die wirtschaftliche Notwendigkeit der geplanten Maßnahme überzeugend begründen. Von der Europäischen Kommission will ich wissen, ob ein weiterer Eingriff in die Elbe nach EU-Recht genehmigungsfähig ist, wenn nicht einmal die bestehenden Umweltschäden ausgeglichen sind.



Rainer Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

Die wichtigste Botschaft an die Adresse der Hamburger Planer lautet: Es geht auch anders! Schön, dass die CDU in Niedersachsen sich jetzt auch der Umwelt annimmt. Durchsichtig ist hingegen, dass dieser Widerstand am Tag der Landtagswahl enden wird. Für uns Grüne gilt: Das Nein zur Elbvertiefung ist zu wenig, mehr Geld vom Bund keine Lösung. Wir müssen Alternativen aufzeigen und die Diskussion um ein nationales und europäisches Seehafenkonzept führen. Ziel ist ein integriertes Gesamtkonzept zur Seehafenentwicklung in Deutschland und der EU.

Den Bericht zum Fachgespräch und alle weiteren Papiere findet Ihr unter www.rainder-steenblock.de ●



*Wie sicher sind die Deiche an der Unterelbe?
Eine der vielen ungeklärten Fragen bei der Elbvertiefung.*

Mit Meeresschutz Zukunftspolitik machen

rs Grüne Forderungen an eine nachhaltige und umfassende Meerespolitik habe ich am 1. April im Hamburger Rathaus vorgestellt und mit unseren Gästen diskutiert. Wir waren uns einig: Schutz und Nutzung der Meere sind zwei Seiten einer Medaille.

Ohne konkrete Maßnahmen für mehr Meeresschutz können wir unsere Meere langfristig nicht nutzen. Aber wir dürfen unsere Meere nicht auf ein reines Wirtschaftsgut reduzieren. Das Grünbuch der Europäischen Kommission zur EU-Meerespolitik geht in Sachen Meeresschutz leider nicht weit genug. Darum mischen wir uns mit einer Stellungnahme zum Grünbuch ein und debattieren einen Antrag im Bundestag. Eine zentrale Forderung lautet: Weg mit den Dreckschleudern! Wir brauchen strengere Grenzwerte, um den Schadstoffausstoß im Schiffsverkehr zu verringern. Schweröl und Abfälle aus Raffinerien müssen aus den Kraftstoffen verschwinden. Forschung und Innovation

im Bereich alternativer Antriebe und Kraftstoffe bieten enorme Potenziale für Klima und Wirtschaft. Auch dazu bereite ich einen Antrag vor.

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat ihre Chance leider vertan, konstruktive Vorschläge für mehr Meeresschutz zu formulieren. Die Abschlusserklärung ihrer Bremer Konferenz wurde von den Umweltverbänden zu Recht als reine Wirtschaftsstrategie kritisiert.

Die grüne Stellungnahme zum Grünbuch Meerespolitik, unseren Antrag, den Bericht zur grünen Konferenz und weitere Infos findet Ihr unter www.rainder-steenblock.de ●



EU-Ratspräsidentschaft: die lahme Ente scheut den Endspurt

rs Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft geht in die letzte Runde. Doch statt sich in den Endspurt bis zum 1. Juli zu stürzen, kommt sie als lahme Ente daher. Beispiel Klimaschutz: Bis 2020 wollen die EU-Mitglieder 20 Prozent weniger Kohlendioxid ausstoßen - gerade einmal die Hälfte dessen, was Experten empfehlen. Das Kyoto-Protokoll verpflichtet Deutschland ohnehin auf 21 Prozent weniger CO₂ bis 2012. Zu Hause hält Angela Merkel derzeit unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Hintertür für die Atomkraft offen. Ich bleibe dabei: Atomkraft - nein danke! Beispiel Verfassung: Wie Angela Merkel die EU-Skepsis überwinden will, ohne die Bürgerinnen und

Bürger einzubeziehen, bleibt ihr Geheimnis. Wir machen in einem Antrag konkrete Vorschläge zum Vertragsentwurf: wir wollen die Zweiteilung in einen Grundlagenvertrag mit Grundrechtecharta und institutionellen Neuerungen und einen Reformvertrag mit den Regelungen für die Politikbereiche. Mit Zusatzprotokollen wollen wir mehr Zusammenarbeit in der Klima-, Energie- und Sozialpolitik. Beispiel Außenpolitik: Wir müssen die Instrumente für die Beziehungen der EU zur engeren und weiteren Nachbarschaft überarbeiten. In einem Antrag habe ich unsere Forderungen an die Reform der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, die Zentralasien-

strategie und an die Definition der Beziehungen zu Russland formuliert.

Anträge zum Grundlagenvertrag, zur Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU, zur Zypernpolitik, zur Zentralasienstrategie sowie zur strategischen Partnerschaft mit Russland findet Ihr unter www.rainder-steenblock.de ●

Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Pia Kohorst
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

▶ www.rainder-steenblock.de

Widerstand gegen das AKW Brokdorf - was war, was wird?

gb Vor etwa dreißig Jahren begannen die Massenproteste gegen das AKW Brokdorf. Mit einer Podiumsdiskussion in Wilster wollten wir auf die vielfältigen Aspekte der Protestkultur von damals zurückblicken.

Im voll besetzten Saal saßen nun erstmals nach all den Jahren Demonstrierende und Polizisten beisammen. Damals in der Wilstermarsch waren sie durch ideologische und durch Wassergräben getrennt. Alle AKW-GegnerInnen galten, so Manfred Börner, damals Polizist in Ausbildung, als potentielle „Störer“. Deren vermeintliche Gewalttaten sollten unterbunden werden – und zwar ebenfalls mit Gewalt. Mit ihren Zweifeln und Ängsten wurden allerdings auch die Polizisten damals alleingelassen.

Den oder die typische AKW-GegnerIn gab es nicht. Ob besorgteR BürgerIn oder gewaltbereiter „Autonomer“ – einig waren sie sich nur im Widerstand gegen das AKW und im Misstrauen gegen den Staat. Dieser setzte auf Autorität statt auf

Dialog, ignorierte Bedenken und missachtete Bürgerrechte, so die damalige Demonstrantin Silke Dibbern-Voss. „Der Kontext war der Terror“, sagte Manfred Börner, und meinte damit die RAF. So wurde auch der Einsatz von Mitteln der „Terrorabwehr“ gegen AKW-GegnerInnen gerechtfertigt. Spitzel schleusten sich in WG's und Bauernhäuser ein, Repressionen waren Alltag.

Aber es gab auch positive Momente. Silke Dibbern-Voss berichtete über viele Freunde, die sie damals gewann. „Irgendwie war es ja auch toll, die ganze Welt war bei uns zu Gast“, so die gebürtige Wilstermarscherin. Viele Fragen blieben offen. Zu vielschichtig ist die Protestgeschichte. Darauf wies der Historiker Kai Hünemörder hin. Der

Protest riss Gräben in Dorfgemeinden und Familien. Brokdorf sensibilisierte wie nur wenige Ereignisse zuvor für das Thema Energie. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wurde ein Stück weit neu definiert. Das Demonstrationsrecht wurde nach den Protesten durch das Bundesverfassungsgericht wesentlich gestärkt. Und das sind nur einige Facetten des Widerstands gegen das AKW.

„Demokratie braucht den Protest.“ Dieser Satz eines Polizisten beschreibt den Wandel, den der Protest gegen Brokdorf einleitete. Wenn die Polizei heute ihr Aufgabe auch darin sieht, friedliche DemonstrantInnen zu schützen und nicht die Interessen einer Lobby, dann wurden zumindest hier einige richtige Schlüsse gezogen. Diese Veranstaltung kann nur ein Auftakt dafür sein, sich stärker mit der Erinnerung an eine Protestkultur mit historischem Ausmaß zu beschäftigen. Weitere Aufarbeitungsschritte werden folgen. ●

Infos und Termine



Um das Lebens- und Arbeitsumfeld in der Landwirtschaft kennen zu lernen, macht der Plöner Kreistagsabgeordnete Gerd Dreßler (re) sein Praktikum auf dem Bioland-Hof von Matthias Stührwoldt in Stolpe. Der pensionierte Marineoffizier möchte als umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion die Interessenlage der Bauern besser verstehen lernen und mit dem grünen Bauern und Buchautor („Verliebt Trecker fahren“) eine Woche lang gemeinsam arbeiten.

► Mehr Infos: kv.ploen@gruene.de
www.gruene-ploen.de

Ein Haus im Grünen, aber keine Grünen im Rathaus?

Unter dieser Frage hat der Kreisverband Lauenburg eine Kampagne zur Gründung von Ortsverbänden im Hinblick auf die Kommunalwahl 2008 gestartet. Ziel ist es, in Wahlkreisen mit guten grünen Ergebnissen auch aktive MitstreiterInnen zu gewinnen. Der Auftakt in Wentorf hat mit rund 40 BesucherInnen die Erwartungen deutlich übertroffen. Hier zeichnet sich die Neugründung eines Ortsverbandes ab. Monatlich werden weitere Veranstaltungen folgen, sowohl zur Unterstützung bestehender Ortsverbände, wie auch in bislang verwaisten Gemeinden.



► Mehr Infos: kv.lauenburg@gruene.de
www.gruene-lauenburg.de

12.06.2007 Angelika Birk auf Veranstaltung „PLIETSCH“, Gettorf

14.06.2007 Handwerk hat Grünen Boden: Detlef Matthiessen auf Handwerkertour in Lübeck/Kiel

17.06.2007: Klima-Aktion Kieler Grüne, Stadtteilstfest „Dietrichsdorfer Band“

19.06.2007 Neumitgliedertreffen, Führung Landeshaus und Kieler-Woche-Besuch

25.06.2007 Karl-Martin Hentschel auf Veranstaltung „PLIETSCH“, Husum

27.06.2007 Reihe „Energiepolitische Gespräche“ im Landeshaus

28.06.2007: Kita is(s)t gut - Monika Heinold besucht Kita in Kiel

23.08.2007 Detlef Matthiessen auf Handwerkertour in Rendsburg-Eckernförde und Nordfriesland

02.09.2007 Klima-Aktion Kieler Grüne, Wellingdorfer Stadtteilstfest

02.09.2007 Bäuerlicher Öko-Markt, Preetz

19.09.2007 Karl-Martin Hentschel auf Veranstaltung „PLIETSCH“, Nordfriesland

29.09.2007, 13 Uhr: Brunsbüttel, Bootsfahrt-Aktion, Grüne Steinburg, **nur mit Anmeldung!**

September: „Monat für das Klima“, Kreis Steinburg

► www.sh.gruene.de -> Termine
www.sh.gruene-fraktion.de -> Termine

Impressum

Herausgeber grüne welle

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein
Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel
Telefon 0431 59338-0, Telefax 0431 59338-25
E-Mail: lv.sh@gruene.de, Internet: www.sh.gruene.de

Herausgeberin fördewind

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Telefon 0431 988-1500, Telefax 0431 988-1501
E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Herausgeber berlin-report

Grietje Bettin und Rainer Steenblock
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052, Telefax 030 227-76051 (Grietje Bettin)
Telefon 030 227-72056, Telefax 030 227-76056 (Rainer Steenblock)

Redaktion grüne welle + fördewind

Dr. Jörg Nickel
Gestaltung grüne welle + fördewind
Bettina Aust

Redaktion und Gestaltung berlin report

Claudia Prehn

Grafische Konzeption

IN.MEDIUM GmbH | Agentur für Mediengestaltung
E-Mail: info@inmedium.net, Internet: www.inmedium.net

Druck
Oktoberdruck AG, Berlin